

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/113

Bonn, den 18. Juni 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

---

Seite: Zeilen:

---

1 - 2      Schlechtes Brot schmälert die Arbeitsfreude

9'

Kritik einer Zonenzeitung

Von Helmut Bärwald

3

Auf französischen Druck

35

Der EWG-Ministerrat und Spanien

3

Unmusikalisches um das Bolschoi-Ballett

14

Von Wort mündlicher Zusagen

4

Bayerisches Staatsgeheimnis gelüftet

53

Viel Getue um Regierungsumbildung

5 - 6

Guter Start der Abrüstungskonferenz

86

Für große Lösungen ist die Zeit noch nicht reif

Von Pierre Simonitsch, Genf

\* \* \*

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

Schlechtes Brot schmälert die Arbeitsfreude !

Kritik einer Zonenzeitung

Von Helmut Bärwald

Auch sachlich-nüchternen Beobachtern der Entwicklung in Mitteldeutschland wird ab und zu vorgehalten, Vorgänge falsch zu deuten, Akzente nicht richtig zu setzen oder gar Schwarz-Weiß-Malerei zu treiben. Nun, vereinzelt mag es solche Fälle geben; wir identifizieren uns nicht damit. Die Analyse der mitteldeutschen Wirklichkeit setzt Objektivität und Nüchternheit voraus. Nur dann ist unsere Kritik berechtigt, wirksam und vor allem glaubhaft.

Nur gewährt die SED selbst ab und zu einen sozusagen offiziellen Blick hinter den Wall von Erfolgsmeldungen, der von der weitverzweigten sowjetzonalen Propagandamaschinerie mit Hilfe der Massenmedien Presse, Funk und Fernsehen vor die nüchterne Alltagswirklichkeit Mitteldeutschlands aufgebaut wird. Solche kleinen Gucklöcher durch den Zaun werden gelegentlich mit dem Ziel in das offizielle Propagandabild gebohrt, kleine Sündenböcke für Fehler, Schwierigkeiten oder Engpässe zu finden. Alles nach dem Motto: Nicht das System ist schlecht, nicht die Pläne sind falsch, sondern einzelne Säumige sind schuld, die den Plan nicht erfüllen oder auf andere Weise den "sozialistischen Aufbau" hemmen. Diese Praxis des Ablenkens, diese Versuche, Ventile zum Entspannen komprimierter Unzufriedenheit unter der Bevölkerung zu schaffen, sind nicht neu und keine SED-Erfindung. Zwölf Jahre lang hatten die Deutschen Gelegenheit, diese Praxis unter der Ägide eines Reichspropagandaministers kennenzulernen.

Aufschlußreiche Lektüre

Solche und ähnliche Gedanken kommen dem, der Gelegenheit hat, in der sowjetzonalen Bezirks- oder Provinzpresse zu lesen, die aus den der SED wohl überlegten Gründen nur noch schwerlich ihren Weg in den Westen findet. Bei der Lektüre dieser kleinen örtlich begrenzten Zeitungen ergeben sich für den kritischen Beobachter außerhalb der Sowjetzone manch interessante und oft recht offene Hinweise auf Mißstände, Schwierigkeiten oder Engpässe.

So beschäftigte sich das Organ der SED-Bezirksleitung Erfurt "Das Volk", vor kurzem mit einem recht schwierigen Versorgungsproblem. Der Stein des Anstoßes war diesmal die miserable Qualität des Brotes der Großbäckerei Erfurt-Nord. Dieser Stein des Anstoßes hatte sich in letzter Zeit offenbar vergrößert, daß in bewährter Manier ein Ventil für die angestaute Unzufriedenheit der Konsumenten geschaffen werden mußte. Also durften einige in dem SED-Blatt ihre Meinung über das schlechte Brot kundtun, wie: "Wir können dieses Brot nicht vertragen, denn es ist feucht; ohne den gewohnten Brotgeschmack; unappetitlich; mehr Knetmasse als Brot; schimmelig". Und einige Verkaufsstellenleiter der staatlichen Handelsorganisation HO durften auch zu Wort kommen. Sie klagten: "An manchen Tagen schämen wir uns, das Brot zu verkaufen. Dieses Brot wird bei uns nur gekauft, wenn es in der Umgebung keins mehr gibt." Und mit einem Seitenblick auf zu erfüllende Produktionspläne meinten die HO-Leute: "Vom guten Brot hängt doch schließlich auch die Arbeitsfreude der Bevölkerung ab!"

### Auf der Suche nach Schuldigen

Der warnende Hinweis, daß durch schlechtes oder ungenießbares Brot gar die Arbeitslust der Vorktätigen geschmälert werden könnte, trieb die SED-Journalisten auf den Weg, nach Schuldigen zu suchen. Dabei erlebten sie allordings einige Überraschungen. Regelmäßige amtliche Qualitätskontrollen hatten dem beanstandeten Brot die Note "gut" verliehen. Das jedoch, so meinte das SED-Blatt, dürfe nicht das Kriterium sein, sondern ausschließlich die Meinung der Kunden. Man könnte geneigt sein, die SED-Zeitung zu dieser weisen Erkenntnis zu beglückwünschen, wenn die ganze Geschichte nicht einen Pferdefuß hätte. An dieser Stelle hörten nämlich die Nachforschungen der angeblich um das Wohl der Bevölkerung besorgten SED-Rechercheure auf. Schuld war wieder einmal nicht der Sand im Plangetriebe, sondern Schuld hatten einige wenige Sündenböcke. Ob die Erfurter Brotfabrik zum Beispiel einwandfreies Mehl bekommt oder nicht, danach fragte niemand mehr. Ändern wird sich vorläufig auch nichts. Die Betriebsleitung jedenfalls resigniert und klagt: "Das bereitet uns selbst Kopfschmerzen. Allein, das nützt keinem, die Kunden ärgern sich nach wie vor."

### Schlamperei und Desorganisation

Von der Klage über schlechtes Brot kam die Erfurter SED-Zeitung gleich noch auf einige andere Versorgungsschwierigkeiten zu sprechen, wie sie in allen Bezirken Mitteldeutschlands immer wieder auftreten. Es geht um die mangelnde oder oft gar nicht vorhandene Organisation bei der Warenverteilung. Unter dem Hinweis, daß der Volksernährung alljährlich unschätzbare Werte durch Schlamperei und Desorganisation verloren gehen, bringt "DAS VOLK" gleich mehrere Beispiele aus dem vergangenen Sommer. Da verdarb in Gotha ein ganzer Waggon Heidelbeeren, die - als sie noch frisch waren - der Bevölkerung überhaupt nicht zum Kauf angeboten worden waren. Da gab es zwar in Erfurt ein großes Angebot von Tomaten, im nicht weit entfernten Mühlhausen dagegen so gut wie gar nichts. Die Mühlhausener mußten auf frische Butter verzichten, weil die in ihrem Kreisgebiet produzierte nach Gotha geschickt wurde. Dafür erhielt die Bevölkerung Mühlhausens alte Butter aus dem Landkreis Arnstadt.

### Plandurcheinander

Das ist fürwahr eine komplizierte Planarithmetik, die zu einer völlig unsinnigen Warenstreuung führt. Da sich an diesem Plandurcheinander bis jetzt nichts geändert hat, dürfte auch in diesem Sommer mit derartigen Schwierigkeiten und Engpässen zu rechnen sein, von denen die Erfurter SED-Zeitung jetzt ein wenig den Schleier des Vertuschens wegzog, wiederum nicht zuletzt mit der Absicht, schon heute ein Ventil für die erwartete Unzufriedenheit der gefoppten Konsumenten zu schaffen.

Auch ein SED-Blatt kann ebenab und zu nicht umhin, ein wenig Kritik an einzelnen Mißständen zuzulassen, um damit um so besser von der eigentlichen Planmisere ablenken zu können.

+ + +

Auf französischen Druck

B.H. - Der EWG-Ministerrat hat jetzt der EWG-Kommission grünes Licht für Verhandlungen mit Spanien gegeben. Zwar hatte Madrid bereits vor Jahren den Antrag auf Verhandlungen mit der EWG gestellt. Doch war das Ersuchen aus der iberischen Halbinsel aus wohlervogenen politischen Gründen bisher zurückgestellt worden. Vor allem Belgien, die Niederlande und Italien widersetzten sich derartigen Gesprächen. Nunmehr haben offenbar die fünf anderen EWG-Länder dem französischen Druck nachgegeben und einem Verhandlungsmandat zugestimmt. Es ist anzunehmen, daß der französische Außenminister Couve de Murville bei seinem kürzlichen Besuch in Madrid gegenüber Franco entsprechende Zusagen gemacht hat.

Wohl ebenfalls auf französisches Betreiben wurde das Verhandlungsmandat bewußt unklar gehalten. Es ist daraus nämlich nicht ersichtlich, ob die Verhandlungen nur zu einem Wirtschaftsabkommen oder sogar zu einer Assoziation führen sollen. Diese Unklarheit wurde jetzt auf einer gemeinsamen Sitzung der sozialistischen Fraktionen des Europa-Parlaments und des Europa-Rats, die anlässlich der Tagung beider Gremien in Straßburg stattfand, scharf kritisiert. Zwar zeigten die sozialistischen Politiker großes Verständnis für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Spanien aus der Existenz der EWG in wachsendem Maße entstehen. Auch soll der Lebensstandard des spanischen Volkes gehoben und die spanische Bevölkerung an die EWG herangeführt werden. Eine Assoziation Spaniens an die EWG wird jedoch angesichts des gegenwärtigen antierenden Franco-Regimes abgelehnt.

Der belgische sozialistische Senator Georges Housiaux gab während der gemeinsamen Sitzung von Europa-Parlament und Europa-Rat eine Erklärung ab, in der er diese Haltung der europäischen Sozialisten begründete. Er verwies insbesondere darauf, daß in Spanien nicht die in der europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte niedergelagten Prinzipien garantiert würden. Er erinnerte auch an die mit Polizeigewalt unterdrückten Streiks der spanischen Bergarbeiter und Studentendemonstrationen. In einer schriftlichen Anfrage an die EWG-Kommission hat das sozialistische Mitglied des Europäischen Parlaments, der belgische Professor Fernand Debouese, um Auskunft über den Umfang des spanischen Mandats ersucht. Auf die Antwort darf man gespannt sein.

+ + +

Unmusikalisches um das Bolschoi-Ballett

sp - Die Gastspielreise des weltberühmten Moskauer Bolschoi-Ballets in der Bundesrepublik hat ein jähes Ende genommen. Die Künstler dürfen nicht, wie vorgesehen, in weiteren zehn Städten auftreten und wohlverdienten Applaus einheimsen, sie müssen die Bundesrepublik wegen Visaentzug verlassen, da sie sich weigerten, in ihren Tourneeplan auch Bonn mit einzubeziehen. Die Düsseldorfer Gastspieldirektion glaubte, sie könne sich auf mündliche Zusagen verlassen, zumal die Gastspiele in Österreich und in der Schweiz ebenfalls nur mündlich abgesprochen wurden. Was für die Schweiz und Österreich gilt, soll in Moskauer Sicht eben nicht für Berlin gelten. Moskau will auch auf dem Gebiet des Kulturaustauschs die drei Staatentheorie praktizieren, was nicht akzeptiert werden kann. Die Bundesregierung handelte zurecht, sie tat in diesem Fall, was Selbstachtung und Behauptungswille geboten: denn lieber auf Kulturaustausch verzichten, als rechtlich und politisch wohl begründete Positionen aufzugeben.

+ + +

## Bayrisches Staatsgeheimnis gelüftet

### Viel Getue um Regierungsumbildung

Rw. - Endlich kann man es sogar in den Zeitungen lesen, was die Spatzen rund um das Maximilianeum, dem bayrischen Landtagsgebäude, schon seit geraumer Zeit von den renovierten Dächern pieifen. Die Regierung wird umgebildet und man darf bereits vermuten, wer welchen Posten zuerkannt bekommt. Der Rücktritt des Finanzministers Eberhard war zwar schon seit langem bekannt. Man wußte auch, daß der Arbeitsminister Strengert zwar nicht zurücktreten wollte, von seiner Partei, der CSU, aber dazu gedrängt wurde, nachdem er offenbar nicht sonderlich gesund ist.

Man hätte meinen können, daß Ersatz für die ausscheidenden Minister nicht allzu schwer zu beschaffen gewesen wäre. Die CSU hat in Bayern die absolute Mehrheit im Landtag. Ihr sogenannter Koalitionspartner, die Bayernpartei, verfügt über ein Austragsstüberl mit dem Staatssekretär im Innenministerium, hat aber sonst nicht mitzureden. Dennoch hat es Monate und Monate gedauert, bis man nicht etwa die neue Ministerliste bekanntgab, sondern mitteilte, am 30. Juni werde man es schon erfahren. Die natürlich nicht vermeidbare Mitteilung an den Landtag sollte ungefähr gleichzeitig mit der Bundespräsidentenwahl stattfinden. Tagegen wehrten sich die Sozialdemokraten. So fand sich der bayerische Ministerpräsident bereit, dieses Datum auf den 26. Juni vorzulegen, während hinter den Regierungskulissen eifrig verhandelt und gerechnet wurde. Im Zeitalter der Elektrorechenrechner dennoch die arithmetische Aufgabe, den Religionsproporz auszurechnen, offenbar recht schwierig gewesen. Hier ein Protestant, dort ein Katholik; das war das große Problem, das den Ministerpräsidenten - neben einigen persönlichen Anliegen da und dort im Bereich der Regierungspartei - so viele Monate beschäftigte. Und da man niemand vor den Kopf stoßen wollte, wurde das alles als "geheime Staatssache" behandelt.

Man wußte allerdings schon seit geraumer Zeit, wie die neue Ministerliste aussehen würde; aber darüber sollte nicht geredet und schon gar nicht geschrieben werden. Der mühsam erreichte Rücktritt des Arbeitsministers hat diese Zurückhaltung der Landtagspresse schließlich beendet. Man schreibt, was nicht bestätigt wird. Der neue Finanzminister wird Konrad Fühner heißen. Da er bisher im Kultusministerium als Staatssekretär fungierte, geht ihm nicht der Ruf Forscher Fortschrittlichkeit voraus. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CSU Lagerbach wird in das Kultusministerium nachrücken, und Arbeitsminister wird der bisherige Staatssekretär H. Schütz, der dann einen protestantischen Staatssekretär namens H. Piske bekommt.

Die bayerische Regierung, die mit Persönlichkeiten wie Dr. Fandammer und dem ausscheidenden Minister Eberhard immerhin etwas Farbe hatte, wird mit dieser Umbildung zweifellos um einen Schatten farbloser. Farbe kommt in die bayerische Politik nur noch durch den Bundesverkehrsminister, zuerst zu Pfingsten in Nürnberg und nunmehr neuerdings auf einer Nordgautagung in Amberg, wo er den sinnigen Wablspruch "Oberpfalz und Egerland, Bayerns Nordgauland in Hand ..." ausgab.

Wohlgemerkt, Seebohm sagte gleich dazu, Bayern wolle das Egerland jenseits der Grenze gar nicht annektieren, was eine bekannte Zeitung in München zu der Bemerkung veranlaßte, dieser Spruch sei bei Seebohm nicht ganz erklärbar, denn er sei doch nun einmal weder Bayer noch ... Süddeutscher. Noch besser wäre es allerdings gewesen, wenn bei dieser Tagung nicht neben Seebohm auch noch der bayerische Ministerpräsident gesprochen hätte. Doch das sind Feinheiten, die oben nur politisch denkende Menschen verstehen.

## Guter Start der Abrüstungskonferenz

Für große Lösungen ist die Zeit noch nicht reif

Von Pierre Simonitsch, Genf

Im Schatten des Schlußstrubels der Welthandelskonferenz haben in der letzten Woche die Abrüstungsgespräche im Achtzehner-Komitee wieder angefangen. Trotz einer neuerlichen Einladung und den Bemühungen des amerikanischen Unterstaatssekretärs George Ball, anlässlich seines kürzlichen Pariser Aufenthalts, bleibt der Stuhl Frankreichs aber weiterhin leer.

"Wir haben neue Vorschläge in der Tasche", erklärte der sowjetische Delegierte, Vize-Aussenminister Valerian Sorin, in einer Pressekonferenz. Es bleibt abzuwarten, ob diese Vorschläge wirklich Neues bringen und für den Westen annehmbar sind. Jedenfalls hat Sorin, dem der Ruf eines "harten" Diplomaten vorausging, in Genf einen äußerst versöhnlichen Ton angestimmt.

Auch die Briten liessen durchblicken, daß sie die Initiative zu ergreifen gedenken; der amerikanische Chefdelegierte William Foster dagegen zeigte sich den Journalisten gegenüber äußerst zurückhaltend.

Die soeben begonnene neue Verhandlungsperiode gibt zu mancherlei Hoffnungen Anlaß. So hat man die sonst üblichen weitschweifenden Einleitungsreden vermieden und sich sofort an den Kern der Sache herangesetzt. Nach Ansicht der Experten sind die technischen Voraussetzungen zumindest für drei neue Abkommen gegeben:

- 1) Ein "Freudenfeuer" aus den amerikanischen Bombern vom Typ B-47 und den gleichwertigen russischen TU-16 ("Dachse"), die als strategische Bombenträger von den interkontinentalen Raketen abgelöst wurden.
- 2) Die Ächtung der unterirdischen Atomversuche als Ergänzung zum Moskauer Abkommen über die teilweise Einstellung der Nukleartests.
- 3) Die völlige Einstellung der Produktion von spaltbarem Material zu militärischen Zwecken.

All dies hat nichts mit Abrüstung im Sinne des Wortes oder einer Ausschaltung der Kriegsgefahr zu tun. Aber diese Maßnahmen wären die logische Fortsetzung des bereits eingeleiteten Entspannungsprozesses und hätten überdies den Vorteil, ohne direkte Kontrolle - die den Russen aus Tradition immer noch ungeheuer erscheint - praktisch durchführbar zu sein. Das "Bomber-Freudenfeuer" läßt sich öffentlich voranstellen und würde einen nachhaltigen Eindruck auf die Weltmeinung ausüben; unterirdische Atomversuche, selbst bescheidenen Ausmaßes, können heute von Seismographen entdeckt und sogar lokalisiert werden; die Einstellung der Produktion von spaltbarem Material für militärische Zwecke ist eine längst fällige wirtschaftliche Maßnahme - die bestehenden Stocks sind mehr als ausreichend - bei der niemand zu schwindeln nötig hat.

Wer sich aber wirkliche Abrüstungsverhandlungen für die nächste Zukunft erhofft, wird enttäuscht werden. Hierfür ist die Zeit noch nicht reif. Wohl hat jeder militärische Block seinen Plan; beim genauen

Hinsehen muß man aber objektiverweise feststellen, daß weder der eine noch der andere in seiner gegenwärtigen Form für die Gegenseite annehmbar ist. Es ging über den Rahmen dieses Artikels, die äußerst komplexen Probleme in ihren Einzelheiten darstellen zu wollen.

In großen Zügen gezeichnet sieht die Situation so aus, daß die Sowjetunion dem Plan, Präsident Johnsons eines "Einfrierens" der atomaren Rüstung bei ihrem jetzigen Stand vorwirft, nur die amerikanische Überlegenheit an Atomwaffen einzufrieren, während der Rüstungswettbewerb in der klassischen Waffen weitergehen würde. Auf der anderen Seite hat der russische Gromyko-Plan des sogenannten "nuklearen Schirms" - der die Vernichtung aller Raketen bis auf eine bestimmte Anzahl, die auf dem Boden der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion stationiert und nach und nach abgebaut werden sollen, vorsieht - den großen Nachteil, daß selbst einige wenige versteckte Raketen in der Schlußphase der so erreichten Abrüstung dem unehrlichen Land eine entscheidende Überlegenheit zusichern würden. Abgesehen davon, daß die Sicherheit Westeuropas nicht garantiert erscheint und das Frankreich, Großbritannien und China ihre Träume von der Atommacht begraben müßten - was zum gegenwärtigen Zeitpunkt einer Utopie gleicht.

#### Mehr politischer als strategischer Natur

Ein neuer Wind geht von dem am Donnerstag zum erstenmal offiziell auf dem Konferenztisch gelegten "Gomulka-Plan" aus, dessen Grundidee als Verhandlungsbasis dienen könnte. Diese polnische Initiative, die keineswegs von der Sowjetunion voll unterstützt wird, sieht ein Einfrieren des gegenwärtigen Rüstungspotentials in Mitteleuropa vor. Mitteleuropa besteht in diesem Fall aus den beiden Teilen Deutschlands, Polen und der Tschechoslowakei, denen sich weitere Staaten anschließen könnten. In weiterer Folge zielt der Plan auf eine "Neutralisierung" dieses Gebiets mit Rückzug aller fremden Truppen und der Einsetzung von internationalen Kontrollorganen an den Grenzen gegen Ost und West zur Sicherung gegen die geheime Einfuhr von Atomwaffen ab.

Der Präsentation des Gomulka-Plans auf der Abrüstungskonferenz geht ein längerer Kotationenaustausch zwischen den betroffenen Hauptstädten voraus. Der Inhalt der westlichen Antwortnoten wurde bisher nicht veröffentlicht. Aber man weiß, daß Bonn den Vorschlag abgelehnt hat, während Washington und London eine für offenlassen. Die britische Regierung hat sogar die "Ehrlichkeit" des polnischen Vortosses bescheinigt und darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten in der Ausführung mehr politischer als strategischer Natur seien.